

Protokoll
zur 110. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)

Sitzungstag:	Beginn:	Ende:	Sitzungsort:
9. Mai 2025	10:00 Uhr	12:05 Uhr	Raum T002 in der Hochschule Bremerhaven
Teilnehmende:			
s. Anlage 1			

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Prof. Dr. Rabea Diekmann begrüßt die Anwesenden in den Räumlichkeiten der Hochschule Bremerhaven.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Abstimmung des Protokolls der 109. Sitzung vom 24. Januar 2025

Beschluss:

Das Protokoll der 109. Sitzung des LAWB vom 24. Januar 2025 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse

Prof. Dr. Rabea Diekmann berichtet, dass der Vorsitz im Nachgang zur letzten Sitzung des LAWB im Februar drei Empfehlungen/Stellungnahmen an die Landesregierung und die jeweils zuständigen Senatsressorts versandt habe. Sie führt aus, dass die anerkannten Einrichtungen an der Stellungnahme zum neuen Umsatzsteueranwendungserlass beteiligt gewesen seien. Bei der Stellungnahme zur Aufstiegsfortbildungsprämie sei die Gewährung des Bestandschutzes für bereits begonnene Aufstiegsfortbildungen ein wichtiger Punkt gewesen. Die dritte Stellungnahme beziehe sich auf die Kürzungen bei den Berufssprachkursen. Hierzu liege eine Antwort der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vor, die mit der Einladung verschickt worden sei.

Tina Brinkmann-Lange schildert, dass der Unterausschuss 1 (Förderungsausschuss) seit der letzten Sitzung nicht getagt habe. Die nächste Sitzung sei für den 23. Mai 2025 geplant. Sie informiert weiterhin, dass eine Weiterbildungseinrichtung seit dem 1. April 2025 nicht mehr anerkannt sei. Die für diese Einrichtung vorgesehenen Mittel für das Jahr 2025 wurden nach dem aktuellen Verteilerschlüssel auf die anderen Einrichtungen verteilt.

Auf Nachfrage erklärt Angela Acerra, dass das ehemalige BWU einen Antrag auf Wiederanerkennung gestellt habe. Dieser sei jedoch zurückgezogen worden, weil deutlich geworden sei, dass die für die Anerkennung erforderlichen Berechnungseinheiten von der Einrichtung nicht erbracht werden könnten.

Ina Mausolf ergänzt, dass eine Einrichtung erstmalig den Status der Anerkennung erworben habe. Diese habe jedoch keinen Antrag auf Förderung gestellt und könne im Jahr 2025 auch nicht gefördert werden.

Jan Meyer schildert, dass er den Bericht aus dem Unterausschuss 2 für Qualitätssicherung in der Weiterbildung übernehme. Der Unterausschuss habe letztmalig am 7. März 2025 getagt und zum Thema „Nachhaltigkeit in der DIN EN ISO 9001:2015“ beraten. Darüber hinaus sei über eine Abfrage mit Blick auf die Umsetzung der Themen „Inklusion und Diversität“ in den Einrichtungen beraten worden, die man zunächst zurückstellen und stattdessen auf Erfahrungsberichte der Einrichtungen zurückgreifen wolle. In der nächsten Sitzung am 5. September 2025 stehe daher ein Erfahrungsbericht der Wisoak auf der Agenda. Jan Meyer informiert weiter, dass nach dem Ausscheiden von Gudrun Schemel der Vorsitz vakant sei. Die Wahl eines neuen Vorsitzes solle in der Sitzung im September erfolgen.

Jessica Heibült führt aus, dass in der letzten Sitzung des Unterausschusses 3 für Grundsatzfragen und Innovation am 14. März 2025 die Handreichung „Handlungsoptionen für (Weiter-) Bildungseinrichtungen bei extrem rechten Vorkommnissen“ vorgestellt worden sei (s. TOP 6 der heutigen Sitzung). Zum Thema Nachhaltigkeit habe der Unterausschuss sich verständigt, dass es derzeit keinen Aktualisierungsbedarf zum Positionspapier gebe und der Runde Tisch künftig nur noch einmal jährlich stattfinden solle. Als dritter TOP habe ein Bericht aus der „KI-AG“ auf der Agenda gestanden.

TOP 4 Nachwahl eines Mitglieds des Unterausschusses 2

Angela Acerra führt in den Sachverhalt ein.

Petra Sieglitz stellt sich dem Ausschuss kurz vor. Sie sei seit August 2023 beim ibs tätig und habe zum 1. Mai 2025 die Geschäftsführung in Nachfolge von Gudrun Schemel übernommen.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung wählt Petra Sieglitz einstimmig zum Mitglied des Unterausschusses 2.

TOP 5 Inklusion in der Weiterbildung

Arne Frankenstein dankt für die Einladung in den Ausschuss und die Möglichkeit, zum Thema „Inklusion in der Weiterbildung“ zu referieren. Er schildert einführend, dass die UN-Behinder-

tenrechtskonvention das Recht auf Bildung und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung unabhängig von Art und Schwere der Behinderung garantiere. Der Bremer Senat habe im Jahr 2014 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen beschlossen, der u. a. vorsehe, das Thema Inklusion als Arbeitsschwerpunkt in den LAWB aufzunehmen. Der LAWB habe daraufhin Empfehlungen erarbeitet und im Jahr 2019 verabschiedet. Arne Frankenstein spricht dafür seinen Dank aus und erläutert, dass es ihm in der heutigen Sitzung darum gehe, Revue passieren zu lassen, was bereits umgesetzt werden konnte und wo es ggf. Aktualisierungsbedarf gebe. Dafür brauche es eine aktuelle Bestandsaufnahme. Er nennt die einzelnen Empfehlungen:

1. Systematische Verankerung der Inklusion in den Weiterbildungseinrichtungen

Der Runde Tisch Inklusion habe sich in den letzten Jahren als festes Format etabliert, an dem engagierte Akteur:innen teilnähmen. Aus diesem Kreis seien bereits einige Initiativen entstanden. Positiv hebt er das Engagement der Stadtbibliothek hervor. Er wünsche sich, dass künftig noch mehr Institutionen für die Teilnahme am Runden Tisch gewonnen werden könnten.

2. Inklusion als Anerkennungskriterium des Bremischen Weiterbildungsgesetzes

Inklusion sei als Anerkennungskriterium aufgenommen worden. Die anerkannten Einrichtungen verpflichteten sich damit, sich an den Empfehlungen des LAWB zu orientieren.

3. Barrierefreiheit

Zur Barrierefreiheit von Webseiten gebe es gesetzliche Regelungen, insbesondere für überwiegend öffentlich finanzierte Träger. Bauliche Barrierefreiheit sei häufig bei Bestandsbauten, auch aus finanziellen Gründen, nicht umsetzbar. Öffentliche Einrichtungen seien bei Neu- und Umbauten zur Schaffung von barrierefreien Zugängen zu Gebäuden verpflichtet.

4. Öffnung der Angebote für Menschen mit Behinderung

Mit dem Fortbildungsmodul INAZ („Inklusive Bildung in der Alphabetisierungspraxis und im System des Zweiten Bildungswegs“) gebe es für diesen Bereich eine gute Fortbildung, die hoffentlich weiter angeboten und in Anspruch genommen werden könne.

5. Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen anregen

Arne Frankenstein informiert, dass es Förderprogramme für Menschen mit Behinderung gebe, wenn sie von Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt übergehen würden. Er spricht sich dafür aus, kontinuierlich zu prüfen, wo es möglich sei, Institutionen für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

Insgesamt sei bereits Vieles umgesetzt worden, er sehe aber auch noch Entwicklungsbedarf. Arne Frankenstein erkundigt sich bei den Anwesenden, welche Hürden bei der Umsetzung bestehen würden.

Prof. Dr. Rabea Diekmann dankt Arne Frankenstein für den Input. Sie weist darauf hin, dass die Sichtweise der Betroffenen immer einbezogen werden müsste, um evtl. Hürden, aber auch Chancen zu erkennen.

Dr. Beate Porombka schildert, dass die Volkshochschule Bremerhaven in Kooperation mit der Lebenshilfe in der Vergangenheit sehr erfolgreich Maßnahmen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung angeboten habe. Leider fokussiere auch die Lebenshilfe jedoch zunehmend auf berufliches Verwendungswissen, so dass die Angebote nicht mehr möglich seien.

Arne Frankenstein sagt zu, dazu mit der Lebenshilfe ins Gespräch zu kommen. Gesellschaftliche Teilhabe werde u. a. über Arbeitsmarktintegration erreicht. Die anderen Angebote dürften aber nicht aus dem Blick geraten.

Ina Mausolf unterstreicht, dass die berufliche Bildung überall stärker in den Vordergrund trete. Dies sei zu kurz gedacht, auch hinführende Maßnahmen wie Spracherwerb müssten als berufsbezogen gesehen und eingestuft werden. Sie verweist auf den Runden Tisch Inklusion, der am 14. Mai 2025 zum nächsten Mal tage und an dem Akteur:innen aus verschiedenen Institutionen teilnähmen.

Prof. Dr. Rabea Diekmann ergänzt, dass auch der Umsatzsteueranwendungserlass eine Verengung des Weiterbildungsbegriffs auf die berufliche Weiterbildung beinhalte. Dies berge die Gefahr, dass sich auch die Angebote immer mehr auf diesen Weiterbildungsbereich reduzieren würden.

Kai J. Steuck informiert, dass es beim Runden Tisch nicht nur um einen fachlichen Austausch gehe, sondern auch darum, in den einzelnen Institutionen etwas Praktisches zu erleben, z. B. den Rollstuhl- und Blindenparcours.

Philipp Leiser kommt auf den Wunsch nach einer Bestandsaufnahme zurück. Er führt aus, dass dies auf der Agenda stehe. Voraussichtlich könne diese aber erst Ende des Jahres durchgeführt werden, weil derzeit noch andere Abfragen liefen bzw. geplant seien, z. B. für den Bereich Digitalisierung.

Angela Acerra weist darauf hin, dass überwiegend öffentlich geförderte Einrichtungen verpflichtet seien, ihr Angebot und Zugänge barrierefrei zu gestalten. Ein entsprechender Passus sei in den Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides enthalten.

Dominic Bergner schildert abschließend, dass die Schaffung von Barrierefreiheit sowohl räumlich als auch in Bezug auf die Homepage mit hohen Kosten für die Einrichtungen verbunden sei. Es gebe aber auch Maßnahmen, die man bereits mit wenigen Mitteln umsetzen könne.

TOP 6 Handreichung „Handlungsoptionen für (Weiter-)Bildungseinrichtungen bei extrem rechten Vorkommnissen“

Jessica Heibült stellt die Vorlage vor. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Handlungsoptionen nicht verpflichtend seien. Die Einrichtungen könnten sich freiwillig einzelne Punkte heraussuchen. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Handlungsoptionen als Teil des Arbeitsschwerpunktes „Aktuelle Herausforderungen der Weiterbildung im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen“ entstanden seien. Der Unterausschuss sei hier offen für weitere Themen.

Dr. Beate Porombka dankt für die Zusammenstellung und Handreichung. Die Volkshochschule Bremerhaven setze bereits einige Aspekte um. Aus ihrer Sicht sei es wichtig, die Mitarbeitenden mitzunehmen und zu sensibilisieren.

Ina Mausolf berichtet, dass es im letzten und in diesem Jahr Fortbildungen zu dieser Thematik gegeben habe. Die Resonanz sei immer groß und unterstreiche den Bedarf.

Jessica Heibült greift den Beschlussvorschlag auf, der eine jährliche Abfrage der von den Weiterbildungseinrichtungen dokumentierten Vorkommnissen durch die Senatorin für Kinder und Bildung vorsehe.

Im Ergebnis der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Weiterbildungseinrichtungen Bedarf haben, sich qualitativ mit extrem rechten Vorkommnissen auseinanderzusetzen. Dies könne im Unterausschuss 3 erfolgen. Eine quantitative Zusammenstellung wird kritisch gesehen. Vielmehr solle es darum gehen, Mitarbeitende (weiter) zu sensibilisieren sowie in die Lage zu versetzen, rechte Vorkommnisse zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

Die Anwesenden einigen sich, den zweiten Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern.

Philipp Leiser informiert, dass es die Meldestelle „Keine Randnotiz“ für rechte, rassistische, antisemitische und weitere diskriminierende Vorfälle im Land Bremen gebe.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung beschließt die vom Unterausschuss 3 vorgelegten Handlungsoptionen.

Der Landesausschuss für Weiterbildung bittet den Unterausschuss 3, das Thema weiter im Blick zu behalten und mindestens einmal jährlich aufzurufen.

TOP 7 Versicherungspflicht von Honorarkräften

Prof. Dr. Rabea Diekmann schildert, dass Ronald Gotthelf dieses Thema eingebracht habe, aber heute nicht anwesend sei. Die Bürgerschaft habe den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP zur Versicherungspflicht von Honorarkräften zur Beratung an die staatliche Deputation für Arbeit überwiesen. Die Deputationsvorlage sei mit der Einladung zur Sitzung des LAWB verschickt worden. Im Ergebnis sei der Antrag der FDP mit der Begründung abgelehnt worden, dass bundesgesetzliche Regelungen geschaffen werden müssten. Sie erkundigt sich

bei den Anwesenden, ob der LAWB sich hierzu positionieren wolle. Die Anwesenden sehen derzeit keinen Anlass, sich einzubringen, weil zunächst die Regelungen auf Bundesebene abgewartet werden müssten.

Hans-Joachim Kuckero berichtet von einer allgemeinen Verunsicherung, die u. a. durch die zweijährige Übergangsfrist in Bezug auf die Statusfeststellungsverfahren entstanden sei. Es sei unklar, wie es danach weitergehe. Hinzu komme die unklare Situation bei den Berufssprachkursen und das neue Umsatzsteuergesetz, nach dem künftig nur Angebote der beruflichen Weiterbildung steuerfrei seien. Der Senat habe zudem für die Bremer Volkshochschule Personalkürzungen beschlossen. Insgesamt führe die Situation dazu, dass Personal abwandere.

TOP 8 Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Weiterbildung

Prof. Dr. Rabea Diekmann greift den Aspekt der Verunsicherung bei den Weiterbildungseinrichtungen auf und erkundigt sich, ob auch andere Einrichtungen zunehmend die Erfahrung machten, dass Personal abwandere.

Dominic Bergner und Sven Elson bestätigen die Ausführungen von Hans-Joachim Kuckero. Sie ergänzen, dass viele Dozierende auch aus Alters- und/ oder gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

TOP 9 Bundespolitisches – Blitzlicht aus der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

Jens Herrmann schildert, dass die Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Bundesagentur für Arbeit und die Weiterbildung noch nicht absehbar seien. Der Koalitionsvertrag betone den Wert von beruflicher Qualifizierung und Weiterbildung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Unter Mitwirkung der Bundesagentur für Arbeit solle eine digitale „Agentur für Fachkräfteeinwanderung“ entstehen, die „Work and Stay-Agentur“. Insgesamt setze die neue Regierung stärker auf Digitalisierung, was u. a. die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung künftig erleichtern werde. Als weitere Punkte aus dem Koalitionsvertrag benennt er die Vereinfachung der Akkreditierung zur Träger- und Maßnahmenzulassung, den Vorrang der Leistungen zur Rehabilitation vor der Zahlung einer Rente sowie die Stärkung der Jugendberufsagenturen und der beruflichen Orientierung. Problematisch sehe er die Umsetzung der neuen Regelung zu Flüchtlingen aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 neu nach Deutschland gekommen seien. Diese sollten künftig nicht mehr automatisch Bürgergeld erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Dr. Beate Porombka erklärt, sie betrachte die Verengung des Bildungsbegriffs im Koalitionsvertrag auf die berufliche Bildung mit großer Sorge. Auch die Nationale Weiterbildungsstrategie nehme nicht die gesamte Weiterbildung in den Blick.

TOP 10 **Verschiedenes**

Angela Acerra informiert, dass zu der Abfrage der Leistungsdaten noch nicht alle Rückmeldungen vorliegen würden, da sie teilweise Fristverlängerungen gewährt habe. Die Befassung des LAWB sei dann für Oktober oder, sofern der Unterausschuss vorab befasst werden sollte, für Anfang 2026 geplant.

Angela Acerra führt aus, dass Rosi Leinfelder heute nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Sie habe im Vorfeld eine E-Mail an die geschäftsführende Stelle versandt mit der Bitte, ein Thema in der heutigen Sitzung anzusprechen. Das Paritätische Bildungswerk erlebe zunehmend, dass freie Unterrichtsräume sowie die sanitären Einrichtungen am Standort Faulenstraßen von wohnungslosen Menschen genutzt werden würden, die diese in desolatem Zustand hinterlassen würden. Der Polizei sei dies bekannt. Rosi Leinfelder würde gern von den anderen Einrichtungen wissen, ob sie ähnliche Erfahrungen machten.

Sven Elson bestätigt, dass zunehmend u. a. wohnungslose Menschen die Räumlichkeiten aufsuchten. Sicherheitspersonal oder das Abschließen der Haupttür könne dies verhindern, sei aber beides nicht gewollt, weil man als offenes Haus wahrgenommen werden wolle. Er nehme wahr, dass die Diskussionen um die Sicherheit unter den Mitarbeitenden zunehmen würden.

Angela Acerra schildert, dass sie die Stimmung in den letzten Sitzungen als bedrückt wahrgenommen habe. Sie regt an, künftig ggf. unter dem Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Weiterbildung bewusst auch über positive Erlebnisse zu berichten. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden sehr befürwortet.

Dominic Bergner weist darauf hin, dass es unter Federführung der Arbeitnehmerkammer eine Videokampagne zur Bedeutung der politischen Weiterbildung gebe, die demnächst veröffentlicht werde.

Jessica Heibült ergänzt, dass das Paritätische Bildungswerk Bremen, Arbeit und Leben Bremen, die wisoak und die Arbeitnehmerkammer Bremen eine gemeinsame Kampagne entwickeln würden mit dem Ziel, die Weiterbildungsförderung zu erhöhen.

Prof. Dr. Rabea Diekmann schlägt vor, den LAWB bei Veröffentlichung der Kampagne zu informieren.

Ina Mausolf führt aus, dass das Weiterbildungsreferat der Senatorin für Kinder und Bildung Fortbildungen organisiere und über Angebote informiere, an denen die Weiterbildungseinrichtungen kostenlos teilnehmen könnten. Nun sei aus dem Kreis der Weiterbildungseinrichtungen die Bitte geäußert worden, diese Angebote koordinierter bekannt zu machen. Daher schlage sie vor, regelmäßig im LAWB und wenn möglich, nur einmal im Monat über geplante Veranstaltungen zu informieren. In den Fällen, in denen das Weiterbildungsreferat kurzfristig von Veranstaltungen erfahre, schlägt sie vor, auch weiterhin ad hoc per E-Mail zu informieren.

Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Philipp Leiser stellt die geplanten Fortbildungen/Veranstaltungen der nächsten Monate vor.

Sven Elson informiert abschließend, dass die DAA Bremen mit Wirkung zum 1. Juni 2025 in die DAA Deutschland aufgehe und zur DAA Bremen GmbH werde. Es sei beabsichtigt, dass die DAA Bremen GmbH dann einen Antrag auf Anerkennung nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz stellen werde. Er selbst werde die DAA Ende Mai verlassen, seine Nachfolge übernehme Thomas Strothoff, der an der heutigen Sitzung bereits als Gast teilnehme.

Prof. Dr. Rabea Diekmann dankt Sven Elson für sein Engagement für die Weiterbildung im Land Bremen und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, die Sitzung wird um 12:05 Uhr geschlossen.

Bremen, den 10. Juni 2025

gez.

Prof. Dr. Rabea Diekmann
(Vorsitz des LAWB)

gez.

Carmen Simon
(Protokollantin)

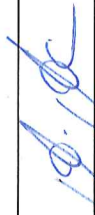
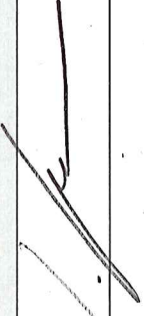
Anlage:

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste für die 110. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 9. Mai 2025

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 1	Anerkannte WB-Einrichtungen			
1.		Jens Tanneberg (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V. Bremen [DGB/VHS])	entschuldigt	Dr. Niklas Habel (Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.)	
2.		Tina Brinkmann-Lange (Bildungswerk des Sports im Lande Bremen)	Tina Brinkmann-Lange	Petra Sieglitz (ibs – Institut für Berufs- und Sozialpädagogik gGmbH)	Sieglitz
3.		Rosi Leinfelder (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e.V.)	entschuldigt	Dominic Bergner (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH)	D. Bergner
4.		Sven Elson (Deutsche Angestellten-Akademie Bremen GmbH)	S. Elson	Marius Matura (Berufsbildungswerk Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH)	
5.		Ralf Perplies (Bremer Volkshochschule)	entschuldigt	Michael Glatz (Evangelisches Bildungswerk Bremen)	entschuldigt
	§ 9 (3) 2	Hochschulen			
6.		Prof. Andreas Klee (Universität Bremen)		Dr. Petra Boxler (Universität Bremen)	entschuldigt
7.		Marlene Schwegmann (Hochschule Bremen)	entschuldigt	Prof. Kilian Schwoon (Hochschule für Künste)	entschuldigt
8.		Prof. Dr. Rabea Diekmann (Hochschule Bremerhaven)	R. Diekmann	Prof. Kilian Schwoon (Hochschule für Künste)	entschuldigt
	§ 9 (3) 3	Schulen			
9.		Tobias Weigelt (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Till Bellmann-Nitz (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
10.		Arnd Höljes (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	entschuldigt	Maren Schönwälder (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 4	Betriebliche Weiterbildung			
11.		Claudia Schlebrügge (Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven)	C. Schlebrügge	Rainer Krebs (Handwerkskammer Bremen)	
12.		Ronja Gartelmann (Airbus)		Jessica Heibült (Arbeitnehmerkammer Bremen)	

Anwesenheitsliste für die 110. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 9. Mai 2025

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 5	Nicht anerkannte WB-Einrichtungen			
13.		Marita Ronge (Förderungsgesellschaft für Bildung mbH)		Jan Meyer (IT Bildungshaus)	
14.		Ronald Gotthelf (Freiberufl. Trainer im Bereich der politischen Erwachsenenbildung)		Hans-Joachim Kuckero (Mitglied Kursleitendenrat Bremer VHS)	
	§ 9 (3) 6	Ressorts			
15.		Jan-Hendrik Pelzer (Der Senator für Finanzen)	entschuldigt	Volker Hohenkamp (Der Senator für Finanzen)	entschuldigt
16.		Torsten Fink (Der Senator für Kultur)		Fred Oehlkers (Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation)	
17.		Dr. Jessica Blings (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)	entschuldigt	Jens Schaller (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)	
18.		Ina Mausolf (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Angela Acerra (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
19.		Dr. Beate Porombka (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		Kay Kurkowski (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 7	Agentur für Arbeit			
20.		Jens Herrmann (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)		Gerrit Wolske (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)	

Weitere Teilnehmende

Name und Institution	Unterschrift
Tomke Drenth, SASJ (Gast)	T.D.
Anne Frankenstein, der Landesbehördenbeauftragte	h. O.
Kai J. Stenck, -"-	Stenck
Karol, Kuba	Karol
Thomas Stöckert, Deutsche Ausstellungen Abschlüsse Bremen GmbH	Stöckert
Susanne Vollbrecht, Ev. Bildungsverbund	Stöckert
Karol, Martin: Bündnis Demokratische	Martin Karol
Inke Godegast, SGB	I. Godegast
Philipp Lister, SKB	Ph. Lister
JANIS VOSSIEK, ARBEITNEHNERKAMMER	J. Vossiek
Carmen Simon, SKB	C. Simon